



Presseschau vom 30.10.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Charlie Stone: **Der "woke" Mob hat sich auf ein neues Ziel eingeschossen: Kinderbücher mit "anstößigen" Inhalten**

Bücherverbote und Bücherverbrennungen – der Versuch der Vernichtung von Kultur durch Angriffe auf das geschriebene Wort sind nichts Neues. Jetzt ist es der "woke" Mob, der auf denselben ausgetretenen Pfaden unterwegs ist, wie die Konquistadoren und die Nazis vor ihnen. ...

<https://kurz.rt.com/2pik>

Dagmar Henn: **Die Tafeln: Wer sich nicht impfen lässt, soll auch nicht essen**

In Hessen dürfen sich Supermärkte inzwischen aussuchen, ob sie Ungeimpften noch Nahrungsmittel verkaufen. Dabei schaffen es die Tafeln trotzdem, die staatlichen Regeln noch zu toppen. In München-Haidhausen bedient die Tafel nur noch Geimpfte. ...

<https://kurz.rt.com/2pjl>

de.rt.com: **Bericht: Litauen bereitet Gebietsansprüche auf Kaliningrader Gebiet vor**
Seit vielen Jahren streut Litauen historische Mythen, wonach Russland das Kaliningrader Gebiet illegal besetzt hält. Die Delegitimierung russischer Gebietsansprüche sollen Moskau langfristig zur Aufgabe der Region zwingen. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse zu "Kleinlitauen". ...

<https://kurz.rt.com/2pj9>

abends/nachts:

snanews.de: Nach AUKUS-Streit: Biden nennt Frankreich „überaus geschätzten Partner“
Seit September herrscht ein Streit zwischen Frankreich, den USA und Australien wegen des AUKUS-Pakts im Südpazifik. Nun hat der US-Präsident Joe Biden beim Treffen mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron am Freitag zugegeben, dass Washington in dieser Angelegenheit „ungeschickt“ gehandelt hat.

Biden war nach eigenen Worten „unter dem Eindruck gewesen, dass Frankreich schon lange vorher darüber informiert wurde, dass das (französisch-australische U-Boot-) Abkommen nicht zustande kommen würde“, sagte er im Vatikan vor dem Auftakt des G20-Gipfels in Rom. Das war das erste persönliche Treffen von Biden und Macron nach dem AUKUS-Debakel.

„Ganz ehrlich, ich wusste nicht, dass Sie nicht informiert wurden“, beharrte er. „Um einen englischen Ausdruck zu verwenden, war das, was wir gemacht haben, ungeschickt, nicht mit viel Gnade“, so Biden weiter.

Der US-Präsident betonte, „es gibt keinen Ort auf der Welt, wo sie nicht zusammenarbeiten könnten“, und bestand darauf, dass „sie keinen älteren, loyaleren und anständigeren Verbündeten hätten als Frankreich“.

Macron nannte das Rendezvous mit Biden nach zwei Telefongesprächen, die sie im September und Oktober geführt hatten, „ein wichtiges Treffen“ und betonte die Notwendigkeit, „in die Zukunft zu blicken“, nachdem sie sich auf „eine gemeinsame Anstrengung, eine politische Reaktion und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den USA und Frankreich geeinigt hätten“.

Macron lobte Biden für seine „konkreten Entscheidungen“, die Washington getroffen habe, um das Vertrauen zwischen den beiden Nato-Verbündeten zu stärken.

„Was jetzt wirklich zählt, ist, was wir in den kommenden Wochen, den kommenden Monaten, den kommenden Jahren gemeinsam unternehmen werden“, sagte der französische Präsident.

U-Boot-Streit

Die von US-Präsident Joe Biden, Australiens Regierungschef Scott Morrison und dem britischen Premierminister Boris Johnson jüngst initiierte AUKUS-Allianz ließ ein U-Boot-Geschäft zwischen Australien und Frankreich im Wert von 56 Milliarden Euro platzen. Paris reagierte wütend. Macron ließ den französischen Botschafter aus den USA abziehen und sagte einen geplanten Verteidigungsgipfel mit Großbritannien ab. Außerdem drängt Paris darauf, die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens zwischen Australien und der EU zu verschieben.

Ende September hatte Macron ein Telefonat mit Biden geführt und Anfang Oktober den US-Außenminister Antony Blinken in Paris getroffen, um das Vertrauen zwischen Frankreich und den USA wiederherzustellen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1d/4146929_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_8ba2eed2dd50030bcf0832eba062947c.jpg

snanews.de: „Sachlich und unpolitisiert“ – Russischer UN-Botschafter über strategischen Dialog mit USA

Nach Angaben des russischen UN-Botschafters Wassili Nebensja verläuft der Dialog über strategische Stabilität zwischen Russland und den USA sachlich und unpolitisiert.

„Zwei Gesprächsrunden über strategische Stabilität sind bereits vergangen. Anhand der erhaltenen Berichte habe ich festgestellt, dass sich der Dialog geschäftsmäßig entwickelt und nicht politisiert wird. Die Leute, die daran teilnehmen, sind Profis und sie sprechen auf gleicher Augenhöhe“, sagte Nebensja am Freitag auf einer Pressekonferenz.

„Dieser Dialog wurde wieder aufgenommen, und das ist sehr wichtig“, fügte er hinzu.

Ende Juli nahmen die Atommächte USA und Russland in der Schweiz die neuen Gespräche auf. Die Verhandlungen waren ein Ergebnis des Treffens von Russlands Präsident Wladimir Putin mit US-Präsident Joe Biden Mitte Juni in Genf. Bei dem eintägigen Treffen ging es damals um künftige Rüstungskontrolle und Risikominderung. Zuletzt hatten die US-Russland-Beratungen über die strategische Sicherheit im Sommer 2020 stattgefunden.

Anfang Oktober ging die zweite Runde der russisch-US-amerikanischen Gespräche über die atomare Rüstungskontrolle in Genf zu Ende. Wie aus dem US-Außenministerium verlautete, waren die Gespräche „intensiv“ und „substanziell“ gewesen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/09/10/3605713_0:150:3109:1898_1920x0_80_0_0_cd624ddb551b431abaafce9988e5cf6a.jpg

de.rt.com: **Explosion im Beiruter Hafen: Libanon bittet Russland um Satellitenbilder**

Der libanesische Präsident bat den russischen Botschafter in Beirut, der Regierung die Satellitenbilder vom Tag der Explosion im Hafen von Beirut zur Verfügung zu stellen. Zuvor hatten westliche Staaten sich geweigert, den Libanesen Satellitendaten weiterzuleiten.

Eine riesige Explosion hatte am 4. August 2020 den Hafen von Beirut erschüttert. Der libanesische Präsident Michel Aoun bat nun den russischen Botschafter Alexander Rudakow, der Regierung die Satellitenbilder vom Tag der Explosionskatastrophe zur Verfügung zu stellen, nachdem westliche Staaten sich zuvor geweigert haben sollen.

Der leitende Ermittler der Untersuchung der Explosion, Richter Tarek Bitar, bat im Mai laut der staatlichen libanesischen Nachrichtenagentur NNA eine Reihe von Staaten um Bildmaterial. Die Länder wurden allerdings nicht genannt. Spitzenpolitiker, darunter auch Aoun, beklagten wiederholt die mangelnde Kooperation der westlichen Staaten bei der Bereitstellung von Satellitenbildern vom Tag der Explosion. Der ehemalige Ministerpräsident Hassan Diab bat seinerzeit Frankreich und Italien vergeblich um Satellitenbilder.

Noch immer liegen die Hintergründe der Explosion im Hafen von Beirut 2020 weitgehend im Dunkeln. Damals waren bis zu 257 Tonnen hochexplosiven Ammoniumnitrats detoniert, die über Jahre ungesichert im Hafen gelagert waren.

Vor Kurzem kam es zu Feuergefechten bei Protesten gegen den Ermittlungsrichter im Fall der Explosion Tarek Bitar. Nach dem Schusswechsel zwischen muslimischen Schiiten und Christen in der Hauptstadt war die Armee verstärkt im Einsatz. Die Szenen und Bilder erinnerten an die Straßengefechte des Bürgerkriegs (1975–1990). Anhänger und Vertreter beider Seiten gaben sich gegenseitig die Schuld an der Explosion. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah rief am 11. Oktober dazu auf, Bitar durch einen "ehrlichen" Richter zu ersetzen. Die Hisbollah wirft dem derzeitigen Ermittlungsrichter "Parteilichkeit" vor.

de.rt.com: **Ankara stellt Kauf von russischen Jets in Aussicht: Türkei fordert von USA Entschädigung für F-35**

Die Türkei fordert die Auslieferung der bereits bezahlten F-35-Jets oder eine Entschädigung seitens der US-Regierung. Andernfalls könnte Ankara Kampffjets vom Typ SU-35 oder SU-57 aus russischer Produktion erwerben.

Die Türkei hat von den USA erneut die Auslieferung der bereits bezahlten F-35-Kampffjets oder eine Entschädigung gefordert. Sollte das nicht erfolgen, würde Ankara den Kauf von russischen Kampfflugzeugen nicht ausschließen, erklärte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu am 28. Oktober 2021 in einem Fernsehinterview mit CNN.

"Wenn die USA die Frage der F-35 nicht lösen wollen oder der US-Kongress sie blockiert, wird die Türkei andere Optionen in Betracht ziehen, einschließlich des Kaufs von (in Russland hergestellten) SU-35 oder SU-57."

Derzeit produziere die Türkei 75 Prozent seines militärischen Bedarfs selbst und könne sich bei Bedarf an andere Länder wenden. "Wir decken unseren Bedarf aus verschiedenen Quellen, bis wir unsere eigenen Flugzeuge produzieren", sagte Çavuşoğlu in Bezug auf den Kauf von Kampffjets.

Wie das türkische Verteidigungsministerium am Donnerstag mitteilte, hätten sich die Türkei und die USA darauf geeinigt, die Gespräche zur Lösung des sogenannten F-35 Joint Strike Fighter-Programms fortzusetzen.

Nach dem jüngsten Gipfeltreffen mit Präsident Putin hatte der türkische Staatschef Erdoğan von der US-Regierung die türkischen Investitionen für das Programm der F-35-Jets zurückgefordert. Erdoğan bekundete auch bereits mehrfach sein Interesse an einer weiteren Lieferung russischer Raketenabwehrsysteme des Typs S-400. Niemand könne sich darin einmischen und Einfluss darauf nehmen, welche Verteidigungssysteme die Türkei bei welchem Land kauft, sagte der türkische Staatspräsident bei dieser Gelegenheit.

Ein lang erwartetes Treffen des türkischen Präsidenten Erdoğan und seines US-Amtskollegen

Joe Biden beim G20-Gipfel in Rom an diesem Wochenende wurde verschoben. Die Spitzenpolitiker werden sich stattdessen am Rande der UN-Klimakonferenz 2021 in Glasgow treffen, die vom 31. Oktober bis 12. November stattfinden soll. Dort werde man über einen möglichen Kampfjet-Deal diskutieren, teilte Erdoğan gegenüber Journalisten auf dem Rückflug aus Aserbaidschan mit.

Ankara hatte ursprünglich bis zu 100 dieser Jets des US-Konzerns Lockheed Martin kaufen wollen und bereits 1,4 Milliarden Dollar angezahlt. Den Berichten zufolge will die Türkei als eine mögliche Alternative für dieses Geld ältere US-amerikanische Kampfflugzeuge vom Typ F-16 geliefert bekommen.

Die USA unter Präsident Donald Trump hatte 2019 angekündigt, die Türkei aus dem F-35-Programm auszuschließen, da Ankara das russische Luftabwehrsystem S-400 gekauft hatte. Die US-Regierung begründete ihren Schritt damit, dass das S-400-System Informationen über die F-35-Flugzeuge sammeln und dadurch möglicherweise deren Tarnkappenvorteile ausschalten könnte.

Die Türkei betont hingegen, dass das S-400-System nicht in die NATO-Systeme integriert werde. Damit stelle es auch keine Bedrohung für das NATO-Bündnis oder seine Ausrüstung dar.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.10/article/617be2f0b480cc7285419472.jpg>

snanews.de: **Außenamtssprecherin: Washington will weitere russische Diplomaten des Landes verweisen**

Die USA wollen weitere 55 russische Diplomaten und administrative Mitarbeiter der Botschaft und der Konsulate ausweisen, teilte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag mit.

„Im Hinblick auf die von Washington gestellten Forderungen, wonach weitere 55 unsere Diplomaten und administrative Mitarbeiter die USA in den nächsten Monaten verlassen sollen – das bedeutet im Grunde genommen eine Ausweisung –, wird sich die Situation an der diplomatischen ‚Front‘ nur noch verschlimmern“, wird die Sprecherin auf der Webseite des Ministeriums zitiert.

Sacharowa präzisierte, dass in Russland von amerikanischer Seite jetzt etwa 130 Personen und in der russischen Mission in Washington und zwei Generalkonsulaten – in New York und Houston – weniger als 200 Personen beschäftigt seien.

Mitte April hatte Washington die antirussischen Sanktionen erneut ausgeweitet und zehn Diplomaten ausgewiesen. Unter die Strafmaßnahmen fielen demnach 32 natürliche Personen und Organisationen. Die Sanktionen verboten auch US-Finanzinstituten, bei der Erstplatzierung russische Staatsanleihen nach dem 14. Juni zu erwerben.

Die Arbeitsbedingungen für die russischen Diplomaten in den USA verschlechtern sich in den letzten Jahren immer mehr. Wie der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow,

sagte, sei Moskau an der Westküste der USA, wo Zehntausende Russen leben, konsularisch nicht mehr vertreten. Außerdem würden regelmäßig Massenausweisungen russischer Diplomaten unternommen. Auch habe Washington die Erteilung von Visa drastisch eingeschränkt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/15/4047266_0:175:3018:1873_1920x0_80_0_0_127efa6bd24018f41ce9fbaf4691bc92.jpg

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 29. Oktober 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Golubowskoje und **Molodjoshnoje** wurden mit 82mm-Mörsern (8 Geschosse), Granatwerfern (29 Schüsse) und Schusswaffen beschossen

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 29. Oktober 3:00 Uhr bis 30. Oktober 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Ortschaft: **Sachanka**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Die BFU haben einen weiteren Versuch unternommen, eine Treibstoffbasis im Kirowskij-Berzirk von Donezk in der Uliza Neftjanaja zu sprengen.

Opfer unter der Zivilbevölkerung und Schäden an friedlicher Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 15.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

de.rt.com: **Gazprom und Moldawien einigen sich auf Verlängerung der Gaslieferung um fünf Jahre**

Der russische Konzern Gazprom und die Republik Moldau haben eine Einigung im Gasstreit erzielt. Der Liefervertrag wurde um fünf Jahre verlängert. Die Parteien vereinbarten außerdem, die riesige Verschuldung in Höhe von über 700 Millionen US-Dollar zu überprüfen.

Am Freitag haben der russische Konzern Gazprom und die Republik Moldau auf den letzten Drücker einen Gasliefervertrag abgeschlossen. Die Lieferungen wurden um fünf Jahre verlängert. Die Parteien einigten sich auch darauf, die Verschuldung der ehemaligen Sowjetrepublik gegenüber dem russischen Staatsunternehmen zu überprüfen. In einer Mitteilung sprach Gazprom von "gegenseitig vorteilhaften Bedingungen".

Das Protokoll über die Beilegung der Streitpunkte wurde nach einer Beratung zwischen dem Gazprom-Chef Alexei Miller, dem moldawischen Vizepremier Andrei Spînu und dem Moldovagaz-Chef Vadim Ceban in Sankt Petersburg unterzeichnet. Die Seiten einigten sich auf weitere Gespräche, um den Zahlungsplan zu vereinbaren. Nach Angaben der Regierung in Chişinău liege der vereinbarte Preis unter dem marktüblichen. Weitere Einzelheiten wurden zunächst nicht bekannt gegeben. Später teilte Spînu mit, dass die Republik Moldau im November für das russische Gas etwa 450 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter zahlen werde. Dies sei halb so viel wie der aktuelle Marktpreis. Der Politiker hob hervor, dass der neue Vertrag mit Gazprom keine politischen Bedingungen vorsehe.

Moldawien und Russland hatten die Verhandlungen über einen neuen Vertrag noch im vergangenen Sommer begonnen. Bis zum 1. Oktober 2021 galt ein altes Abkommen aus dem Jahr 2008. Angesichts einer schweren Krise bei der Gasversorgung in Moldawien verlängerte Gazprom den Vertrag um einen Monat, der Preis stieg aber auf 790 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter gegenüber knapp 150 US-Dollar im vergangenen Jahr. Die frühere Sowjetrepublik musste sogar zwischenzeitlich den Notstand ausrufen. Der moldauische staatliche Energieversorger Moldovagaz unterzeichnete mit dem polnischen Konzern PGNiG einen Vertrag über eine behelfsmäßige Lieferung von einer Million Kubikmeter Gas. Die Ukraine lieh dem Nachbarland 15 Millionen Kubikmeter Gas.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617ce21a48fbef3911273dcb.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 30. Oktober um 9:00 Uhr 18.343 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 13.804 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 2346 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 29. Oktober wurden in der DVR 1873 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 1797 positiv, bei 95 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 30. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 86.823 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

14.951 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 65.175 als gesund entlassen, es gibt 6697 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 215 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 18 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 1210 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 3659 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 1738 mit Sauerstoffunterstützung (+68 in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2255 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snanews.de: **US-Marine startet Operationen im Schwarzen Meer und Mittelmeer**

Die Stäbe der Sechsten Flotte der US-Marine und der Naval Striking and Support Forces der Nato leiten Operationen im Schwarzen Meer und im Mittelmeer ein, teilte die Marine in einer Erklärung mit.

Die Stäbe werden sich auf dem Führungsschiff der Sechsten Flotte, „Mount Whitney“, befinden.

„Während des Einsatzes werden die ‚Mount Whitney‘ und die an Bord befindlichen Stäbe an der Seite von Nato-Verbündeten und -Partnern im Mittelmeer und im Schwarzen Meer operieren und gemeinsam für Sicherheit und Stabilität in der Region sorgen“, heißt es in der Mitteilung.

Weitere Einzelheiten zu den bevorstehenden Operationen wurden nicht genannt.

Die Sechste Flotte meldete außerdem, der Raketenzerstörer USS Porter der Arleigh-Burke-Klasse sei auf dem Weg ins Schwarze Meer. Ob seine Entsendung in die Region mit der angekündigten Aktion zusammenhängt, wurde nicht angegeben.

Die Sechste Flotte der USA mit Hauptsitz im italienischen Neapel führt eine ganze Reihe von Marineoperationen durch, oft zusammen mit Verbündeten und Partnern aus anderen Regierungsstellen.

Im Juli war das schnelle Landungsfahrzeug der amerikanischen Marine, USNS Yuma, ins Schwarze Meer entsandt worden. Das Schiff lief am 8. Juli ins Schwarze Meer ein, passierte am 16. Juli den Bosphorus und nahm Kurs auf das Mittelmeer.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/03/0b/1230281_0:218:2866:1830_1920x0_80_0_0_7811c_cbd095ca92b031f14443da30440.jpg

Dan-news.info: **Gemeinsame Erklärung des Außenministerin der DVR Natalja**

Nikonorowa und des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego im Zusammenhang mit Aussagen des Sonderbeauftragten der EU für Menschenrechte

Eamon Gilmore, der Sonderbeauftragte der Europäischen Union für Menschenrechte, besuchte kürzlich die Ukraine und die Gebiete der Donezker und der Lugansker Volksrepublik, die vorübergehend unter ukrainischer Kontrolle stehen. Nach seinem Besuch äußerte sich Herr Gilmore in einer Reihe von Medien, die viele Fragen hinsichtlich der Übereinstimmung dieser Schlussfolgerungen mit der tatsächlichen Lage im Donbass aufwarfen.

So erklärte der EU-Vertreter, dass Europa über die Menschenrechtslage in den Gebieten der Republiken besorgt sei, wies aber auch darauf hin, dass die Europäische Union die in diesem Bereich in der Ukraine erzielten Fortschritte unterstütze. Wir sind äußerst überrascht über diese einseitige, wenn nicht sogar eindeutig voreingenommene Einschätzung von Herrn Gilmore. Es ist völlig unklar, auf welcher Grundlage der EU-Sonderbeauftragte solche Thesen äußert, zumal er nur Gebiete unter ukrainischer Kontrolle besucht hat und nicht den Wunsch geäußert hat, persönlich in die Volksrepubliken Donezk und Luhansk zu reisen.

Aus diesem Grund verstehen wir nicht, wie Herr Gilmore behaupten kann, dass die Europäische Union über die Lage der in der DVR und LVR inhaftierten Menschen besorgt ist, weil die EU "Berichte über die Folterung von Gefangenen gehört hat". Die Behörden der Republik haben keine Ersuchen von Herrn Gilmore erhalten, Gefängnisse zu besuchen, und es ist eindeutig unangemessen, dass ein Beamter der Ebene eines Herrn Gilmore Schlussfolgerungen über die Situation aufgrund von Hörensagen und anderen Spekulationen zieht.

Außerdem stellt sich die Frage, ob der Sonderbeauftragte Personen besucht hat, die von der Ukraine festgehalten werden - zum Beispiel Andrej Kosjak, der vor 17 Tagen von Kiew heimtückisch entführt wurde. Wir wissen nichts von einem solchen Besuch und von der allgemeinen Besorgnis --der Europäischen Union über das Schicksal von Andrej, und dies ist schließlich das deutlichste Beispiel für eine Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte.

Insgesamt wird die Menschenrechtslage in der Ukraine von Jahr zu Jahr schlechter. Und das sind keine unbegründeten Behauptungen: Es genügt, die OHCHR-Berichte aufzuschlagen und über zahlreiche dokumentierte Fälle von eklatanten Verletzungen der Rechte und Freiheiten des Menschen auf dem Gebiet dieses Staates zu lesen, nämlich

- der jüngste OHCHR-Bericht vom 23. September zeigt sich äußerst besorgt über die Zunahme der Opfer unter der Zivilbevölkerung im Donbass und weist darauf hin, dass 77 % dieser Opfer im Hoheitsgebiet der Republiken durch den Beschuss ukrainischer bewaffneter Formationen zu beklagen sind.

- das OHCHR stellt fest, dass der SBU und andere ukrainische Strafverfolgungsbehörden in Strafsachen im Zusammenhang mit dem Konflikt im Donbass weiterhin Verhaftungen vornehmen, ohne dass ein Gerichtsbeschluss vorliegt und unter Verstoß gegen das zum Tatzeitpunkt geltende Haftverfahren;

- weist darauf hin, dass der Gesetzesentwurf über die Übergangsjustiz in mehrfacher Hinsicht nicht mit den internationalen Standards für die Übergangsjustiz übereinstimmt;

- dokumentierte Fälle von Angriffen und Drohungen gegen nationale Minderheiten, Journalisten, Menschenrechtsverteidiger, zivile und politische Aktivisten in der Ukraine, einschließlich derjenigen, die nationalistischen Initiativen der ukrainischen Behörden, insbesondere dem staatlichen Sprachengesetz, kritisch gegenüberstehen;

- äußerte sich besorgt über den hohen Druck, der auf Medienschaffende ausgeübt wird, insbesondere über die rechtswidrige Schließung der Fernsehsender 112 Ukraine, ZIK und NewsOne.

Dennoch zieht es Herr Gilmore vor, diese Fakten bei seinen Medienauftritten zu ignorieren. Er begrüßt jedoch „die Bemühungen der ukrainischen Führung, den Erhalt von Rentenansprüchen für die Bewohner der nicht von der Regierung kontrollierten Gebiete zu

erleichtern“. Offensichtlich hat sich der Vertreter der Europäischen Union nicht eingehend mit dieser Frage befasst, denn sonst wüsste er, dass die Ukraine den Bewohnern des Donbass Renten und andere Sozialleistungen in Höhe von mehreren Millionen Dollar schuldet und nicht die geringste Bereitschaft zeigt, sich auf dem Minsker Treffen auf Möglichkeiten zur Begleichung dieser Schulden bei unseren Bürgern zu einigen. Die Ukraine hat alle vorgeschlagenen Mechanismen abgelehnt, einschließlich der Vermittlung durch internationale Organisationen, die es Kiew ermöglicht hätten, die Renten direkt an die Menschen dort auszuzahlen, wo sie leben, und hat sogar die Eröffnung neuer Grenzübergänge blockiert. Ganz zu schweigen von der humanitären Lage, zu der sich der EU-Sonderbeauftragte nach dem Motto äußerte: „Wir sind sehr besorgt über die humanitäre Lage der vom Konflikt betroffenen Menschen und kündigen daher die Bereitstellung von weiteren 3,5 Millionen Euro zu ihrer Unterstützung an“. Offenbar erstreckt sich die tiefe Besorgnis der Europäischen Union über die Lage der Menschen nur auf den von Kiew kontrollierten Teil. Der EU-Sonderbeauftragte erwähnt nicht einmal das Schicksal des 11-jährigen Mädchens, das vor einer Woche in der Volksrepublik Donezk durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte verletzt wurde, oder die Tausenden von Menschen, die aufgrund dieses Beschusses ohne Fenster, Gas oder Strom in ihren Häusern in der Kälte stehen. Er geht auch nicht auf die Situation in der humanitären Gruppe ein, in der die Vertreter der Kiewer Delegation seit anderthalb Jahren die Möglichkeit eines neuen Austauschs blockieren, indem sie die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zur Befreiung der Bürger von der Strafverfolgung offen sabotieren und alle unsere Vorschläge für reale Hilfe für die Einwohner ablehnen. Wir fordern Herrn Gilmore auf, seinen einseitigen Ansatz in seinen Einschätzungen aufzugeben, der nicht nur seinem beruflichen Ruf schadet, sondern auch direkt zur Eskalation des Konflikts im Donbass beiträgt. Wir laden auch den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte ein, das Gebiet der Donezker und Lugansker Volksrepublik persönlich zu besuchen und an den Sitzungen der Kontaktgruppe und der zuständigen Arbeitsgruppen teilzunehmen. Herr Gilmore hätte dann die Möglichkeit, sich selbst ein Bild davon zu machen, wer für die Sabotage der konstruktiven Arbeit zur Lösung der zahlreichen humanitären, wirtschaftlichen, politischen und anderen Aspekte der Lösung im Donbass verantwortlich ist, und den Verdacht der Voreingenommenheit und der Verbreitung von Desinformationen zu vermeiden.

nachmittags:

snanews.de: Von Golanhöhen abgefeuert: Syrien wehrt israelische Raketenattacke ab – Sana

Das syrische Militär hat am Samstag Raketenattacken seitens der Golanhöhen abgewehrt. Dies meldet die Nachrichtenagentur Sana.

„Heute hat unser Raketenabwehrsystem feindliche Raketen in Richtung Vorort von Damaskus seitens der okkupierten Territorien abgewehrt“, heißt es in der Mitteilung.

Laut einer Twitter-Mitteilung der Nachrichtenagentur feuerte Israel gegen 11.17 Uhr (Ortszeit) Boden-Boden-Raketen ab. Ziel waren demnach mehrere Objekte in Damaskus. Sana meldet unter Berufung auf eine Quelle, dass zwei syrische Soldaten verletzt worden seien.



https://cdn1.snnews.de/img/07e4/0c/1e/344030_0:0:3200:1801_1920x0_80_0_0_9734a25a_eed863cee4bae6196640f331.jpg

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 30.10.2021**
In den letzten 24 Stunden wurde eine **Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten des Gegners festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Brigade von den Positionen im Gebiet von Lebedinksoje aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Gontscharuk **Sachanka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine verletzen weiter das Regime der Feuereinstellung unter Einsatz schwerer Waffen, die gemäß den Minsker Vereinbarungen abgezogen sein müssten.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Granitnoje aus auf Befehl des Brigadekommandeurs Bryshinskij **Telemanowo** beschossen und zwei 152mm-Artilleriegeschosse abgefeuert.

Die ukrainische Seite im GZKK ignoriert weiter die Anfragen nach einem Regime der Ruhe über den Koordinationsmechanismus.

Informationen über Opfer unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 6 122mm-Artilleriegeschütze „Gwosdika“ der 10. Gebirgstrumbbrigade an der Eisenbahnstation von Drushkowska vorhanden sind.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 10. Brigade durch Drohnen der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 305. und 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Andrejewka, Rajskoje und Sergejewka zu blockieren.

Außerdem gefährdet der Gegner weiter Leben und Gesundheit der Bürger, indem er Örtlichkeiten in Wohngebieten vermint. Nach Angaben unserer Aufklärung haben Kämpfer des 3. Bataillons der 25. Luftlandebrigade 15 Antipanzermine am südöstlichen Rand von Awdejewka installiert.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 254 vom 29.10.2021 bestätigt. Unzufriedenheit der Kämpfer der 10. Brigade ruft die Entscheidung des ukrainischen Kommandos hervor, einen Teil der Einheiten des Verbandes nach dem Abzug der Brigade aufgrund der geringen Personalausstattung der Einheiten, die in der Konfliktzone eintreffen, in der OOS-Zone zu belassen.

Vor dem Hintergrund dieser Information ist **im Verlauf der Woche die Zahl der Kämpfer der 10. Brigade, die eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben, gestiegen**. So haben nach Angaben des Stabs des Verbandes im 108. Bataillon 12 Personen eigenmächtig den Dienstort und die OOS-Zone verlassen, im 109. Bataillon gibt es sieben solche Fälle und in den Einheiten des 8. Bataillons haben sich 15 Mann geweigert nach Auslaufen ihres Vertrag den Dienst fortzusetzen.

Dabei hat das Kommando der OOS zur Beseitigung des Personalmangels Anfang Oktober 25 Soldaten des Wehrdienstes unter dem Vorwand rückwirkender Vertragsabschlüsse zur Erfüllung von Kampfaufgaben im Rahmen der 10. Brigade herangezogen. Die Wehrpflichtigen erfüllen bis jetzt weiter Pflichten von Vertragssoldaten im Rahmen der 10. Brigade ohne offizielle Verträge.

Im Verantwortungsbereich der 128. Brigade wurde die Arbeit einer Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu einem Fall von Selbstmord eines Kämpfers des 2. Bataillons bekannt.

Es wurde festgestellt, dass der Soldat Saposchko beim Dienst im Gebiet von Schirokino Selbstmord durch einen Schuss in den Kopf mit seiner Dienstwaffe beging.

Nach den Materialien der Ermittlung ist nach Erklärungen von Kameraden die wahrscheinliche Ursache des Selbstmords Willkür und Erniedrigung von Seiten des Kommandeur der 4. Kompanie des 2. Bataillons Salatenok. Auf seinen Befehl beand sich der Soldat Sapotschko im zweiten Monat ohne Ablösung auf einem Kampfposten.

de.rt.com: **Putin plädiert auf G20-Gipfel für gegenseitige Anerkennung von Impfcertifikaten**

Im Mittelpunkt des zweitägigen G20-Gipfels in Rom steht nicht zuletzt die Corona-Krise. Der russische Präsident Wladimir Putin hat per Videoschalte Vorschläge formuliert, wie sich die Ausbreitung von COVID-19 über die Staatsgrenzen hinaus besser bekämpfen lässt.

Am Samstag hat Wladimir Putin an der ersten Arbeitssitzung des zweitägigen G20-Gipfeltreffens in Rom teilgenommen. Per Videokonferenz besprach der russische Präsident mit den anderen Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerländer das Thema "Weltwirtschaft und Weltgesundheitswesen". Dabei artikulierte er mehrere Vorschläge, die den Kampf gegen die COVID-19-Pandemie weltweit effizienter machen könnten.

Am Anfang seiner Rede erklärte Putin, dass Russlands Haltung bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie in vielen Punkten mit den Richtlinien der anderen G20-Staaten zusammenfalle. Gleichzeitig machte der Politiker darauf aufmerksam, dass viele arme Länder trotz der Beschlüsse der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer nach wie vor keinen Zugriff auf Impfstoffe hätten.

"Meiner Meinung nach geschieht dies unter anderem wegen eines unfairen Wettbewerbs, des Protektionismus und der Unwilligkeit einiger Staaten, darunter auch einiger G20-Staaten, die Vakzine und die Impfcertifikate gegenseitig anzuerkennen."

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sollte die Verfahren zur Prüfung neuer Impfstoffe und Arzneimittel beschleunigen. Je schneller man die Sicherheit und die Wirksamkeit neuer Präparate prüfe, desto leichter sei es, die Geschäftsaktivitäten, etwa im angeschlagenen Tourismusbereich, weltweit wiederherzustellen. Vor diesem Hintergrund forderte Putin die Gesundheitsminister der G20-Staaten auf, die gegenseitige Anerkennung der nationalen Impfpässe in kürzester Zeit zu erörtern. Angesichts neuer SARS-CoV-2-Mutationen sollten auch Mechanismen diskutiert werden, die es ermöglichen würden, die bestehenden Impfstoffe schnell zu aktualisieren.

Putin wies darauf hin, dass Russland als erstes Land der Welt einen Impfstoff gegen den Erreger SARS-CoV-2 registriert habe. Das Vakzin Sputnik V sei inzwischen in 70 Ländern der Welt mit einer Gesamtbevölkerung von über vier Milliarden Menschen zugelassen und demonstriere dort seine hohe Sicherheit und Wirksamkeit. Russland biete das Präparat allen

Partnerstaaten an.

"Riesige Aufgaben im Kampf gegen das Coronavirus erfordern eine Verbesserung der Qualität und der Zugänglichkeit der medizinischen Versorgung in allen Ländern und folgerichtig eine Aufstockung der internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitswesen."

Unter diesen Umständen komme der WHO eine immer wichtigere Rolle zu. Die Tätigkeit der internationalen Organisation verdiene deswegen eine weltweite Unterstützung, erklärte Putin. Der zweitägige G20-Gipfel findet an diesem Wochenende in der italienischen Hauptstadt Rom statt. An dem Treffen beteiligen sich nicht nur die Staats- und Regierungschefs der führenden Wirtschaftsmächte, sondern auch ihre Finanz- und Wirtschaftsminister sowie Vertreter internationaler Organisationen. Es ist das erste Mal seit dem Beginn der Corona-Pandemie, dass ein internationaler Gipfel solcher Tragweite wieder in Präsenzform abgehalten wird. Trotzdem nehmen Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping daran per Videoschleife teil. Die Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer besteht aus der Europäischen Union und den stärksten Volkswirtschaften aller Kontinente: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, der Türkei und den USA. Diese Staaten repräsentieren knapp zwei Drittel der Weltbevölkerung. Sie vereinen vier Fünftel der weltweiten Wirtschaftskraft und drei Viertel des Welthandels.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617d3ce648fbef391041c5fd.jpg>

Mil-Inr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feuereinstellung festgestellt. **In Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 24. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoalexandrowka aus **Molodjoshnoje** mit 82mm-Mörsern beschossen und acht Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem setzen die ukrainischen Kämpfer weiter aktiv Drohnen ein, um Aufklärung und Feuerleitung zu betreiben. ... Gestern wurde von Einheiten der Volksmiliz im Gebiet von Molodjoshnoje eine **Drohne des Typs Mavic Pro abgeschossen**.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer der 57. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowotoschkowskoje aus **Golubowskoje** mit Granatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert. ...

snanews.de: **Grenzer in Belarus melden Leichenfund an Grenze zu Polen**

Einer Mitteilung des Staatlichen Grenzkomitees von Belarus zufolge ist an der Grenze zu Polen die Leiche eines irakischen Staatsbürgers gefunden worden.

„Am 29. Oktober wurde eine Gruppe von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak von einer belarusischen Grenzpatrouille an einem Grenzabschnitt der belarusisch-polnischen Grenze entdeckt, in deren Nähe die Leiche eines nicht-slawischen Mannes am Boden lag. Die Art der Spuren, die an der Grenze hinterlassen wurden, deuteten darauf hin, dass die Leiche von Polen nach Belarus verbracht wurde“, teilte der belarusische Grenzschutz in seinem Telegram-Kanal mit.

Unter Verweis auf die Flüchtlinge teilte die Behörde weiter mit, dass diese „zum Zeitpunkt der Tragödie in Polen“ gewesen seien. Einer von ihnen, ein irakischer Staatsbürger, habe Diabetes gehabt und Insulin gebraucht, doch die polnischen Sicherheitskräfte, die die Flüchtlinge festgenommen hätten, hätten nicht nur ihre Bitten um medizinische Hilfe ignoriert, sondern sie auch geschlagen.

„Wie die Ausländer erklärten, brachten bewaffnete Männer in Uniform nach dem Tod des Kranken alle Flüchtlinge gewaltsam an die Grenze, schnitten auf polnischer Seite den Stacheldrahtzaun auf und zwangen sie, die Leiche unter Androhung körperlicher Gewalt über die Grenze zu tragen“, behauptete das staatliche Grenzkomitee.

Zusammen mit den Flüchtlingen hätten die polnischen Grenzer zwei Ausländer mit in Deutschland ausgestellten Dokumenten „gewaltsam abgeschoben“, welche den „Menschen in einer schwierigen Situation“ haben helfen wollen.

Die belarusischen Grenzschutzbeamten hätten ein Ermittlungs- und Einsatzteam zum Tatort gerufen, welches die Umstände und die Todesursache des irakischen Staatsbürgers ermitteln solle.

In der letzten Zeit melden Litauen, Lettland und Polen einen Anstieg der Zahl der illegalen Migranten, die an der Grenze zu Belarus festgenommen werden. Sie werfen Minsk vor, eine Migrationskrise verursacht zu haben. Minsk weist alle Vorwürfe zurück.

Der belarusische Präsident, Alexander Lukaschenko, hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Migranten nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde – wegen der westlichen Sanktionen gebe es dafür „kein Geld und keine Kräfte“.

Die belarusischen Grenzer haben ihrerseits wiederholt die gewaltsame Abschiebung von Migranten durch Litauen, Polen und Lettland auf das Territorium von Belarus gemeldet, wobei viele von ihnen Angaben zufolge Körperverletzungen aufweisen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1e/4154179_0:0:3319:1867_1920x0_80_0_0_bd956ca92fa35b5130ab0fc200de2999.jpg

abends:

armiyadnr.su: Operative Information des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Die regelmäßig zu hörenden Erklärungen der Kiewer Führung über den
Verteidigungscharakter der Handlungen der ukrainischen Kämpfer sind nichts anderen als
Versuche, die internationale Gemeinschaft bezüglich der Situation im Donbass in die Irre zu

ießungenführen. Dabei zeugen die zunehmenden Beschießungen des Territoriums der DVR unter Einsatz schwerer Waffen von einer zielgerichteten Destabilisierung der Lage durch den Gegner, was ein Ergebnis des Fehlens einer Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Verbrechen Kiews ist.

Heute haben Kämpfer der 30. mechanisierten Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sinewitsch einen weiteren terroristischen Akt gegen die Zivilbevölkerung begangen.

Mit Hilfe einer Drohne haben ukrainische Kämpfer eine selbstgebaute Sprengeinrichtung in ein Wohngebiet von Golmowskij abgeworfen, wo sich zu diesem Zeitpunkt drei örtliche Einwohner, geb. 1966, 1967 und 1986 befanden. Infolge des terroristischen Aktes wurden alle drei verletzt.

Die Materialien zu dem Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 30. Brigade Sinewitsch hinzufügen.

de.rt.com: Syrien: Israel greift Ziele in Vorort von Damaskus mit Boden-Boden-Raketen an

Die israelische Armee griff am Samstag offenbar erneut Ziele in einem Vorort von Damaskus an. In Syriens Hauptstadt waren Explosionen zu hören, nachdem die syrische Luftabwehr mehrere Boden-Boden-Raketen abgefangen hatte. Die Angriffe sollen auf "Hisbollah-Standorte" in Damaskus gezielt haben.

Die syrische Luftverteidigung reagierte am Samstag auf Raketen, die von Israel auf Vororte der Hauptstadt Damaskus abgefeuert worden waren. Syriens Luftverteidigung sei es gelungen, einige, aber nicht alle Boden-Boden-Raketen abzufangen. Das berichtete die staatliche syrische Nachrichtenagentur SANA unter Berufung auf Militärkreise. Bei Luftschlägen sollen zwei syrische Soldaten verletzt worden, wobei der Angriff auch Sachschaden verursacht haben soll.

Haaretz zufolge zielte der Angriff mutmaßlich auf eine Waffenlieferung an die von Iran unterstützte Hisbollah ab. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtet, mutmaßliche israelische Luftangriffe richteten sich gegen Hisbollah-Standorte in einem Vorort der syrischen Hauptstadt Damaskus.

Bei den Luftangriffen soll auch der Militärstandort einer Division der syrischen Streitkräfte ins Visier genommen worden sein. Es machten auch Berichte die Runde, dass neue iranische Luftabwehrbatterien mögliche Ziele der jüngsten israelischen Luftwaffen gewesen seien.

Der Angriff auf Ziele in einem Vorort von Damaskus erfolgte eine Woche, nachdem israelische Medien behauptet hatten, Israel habe vom russischen Präsidenten Wladimir Putin nach seinem jüngsten Gipfeltreffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett "grünes Licht" erhalten, seine Luftangriffe in Syrien fortzusetzen. Es gab allerdings keine Bestätigung des Kremls für diese Behauptung.

Die syrische Führung hatte mehrfach vom UN-Sicherheitsrat verlangt, Druck auf Israel auszuüben, den Angriffen auf das Territorium der Republik ein Ende zu setzen. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hatte Israel im Januar aufgefordert, über mögliche Sicherheitsbedrohungen aus Syrien zu berichten. Wenn Israel Fakten besitze, die darauf hinwiesen, dass das Land Bedrohungen von syrischem Gebiet aus ausgesetzt sei, so sollte die israelische Führung die russische Seite darüber informieren.

Der Vorfall ereignete sich zudem inmitten zunehmender israelischer Militäroperationen, die mutmaßlich auf iranische Stellvertreter in Syrien abzielen. Unter dem Vorwand der Selbstverteidigung gegen eine vermeintliche iranische Bedrohung verletzt die israelische Armee seit Jahren Syriens Souveränität durch Luftangriffe. Die israelischen Angriffe haben häufig militärische Anlagen innerhalb Syriens zum Ziel – insbesondere Stellungen der Hisbollah, die eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der syrischen Armee im Kampf gegen vom Ausland unterstützte Terroristen spielt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.10/article/617d513948fbef391041c621.jpg>

Dnr-sckk.ru: Infolge des Einsatzes einer Kampfdrohne von Seiten der BFU wurden drei Einwohner der Siedlung Golmowskij verletzt

Die Verletzten wurden in das Stadtkrankenhaus von Gorlowka eingeliefert:

- ein Mann, geb. 1985 – offenen Schädel-Hirn-Trauma, tiefgehende Splitterverletzungen am Kopf, oberflächliche Splitterverletzungen an der rechten Hand, zerebrales Koma zweiten Grades;
- ein Mann, geb. 1966 – Detonationstrauma, eine stumpfe Splitterverletzung im linken Stirnbereich, ein Fremdkörper (metallischer Dichte) im Gewebe des Gesichts links, eine tiefgehende Splitterverletzung am vorderen Bauchraum;
- ein Mann, geb. 1967 – Detonationstrauma, zahlreiche Splitterverletzungen an den unteren Gliedmaßen, am Rumpf, an der Nase.

Der Verletzte mit dem Schädel-Hirn-Trauma befindet sich derzeit in äußerst ernstem Zustand auf der Intensivstation, der zweite mit der Splitterverletzung am Bauch wurde wiederholt mit Verdacht auf Bauchfellentzündung operiert. Der dritte ist in einem stabilen ernsten Zustand. Nach den Worten der Verletzten ereignete sich der Vorfall infolge des Einsatzes einer Kampfdrohne, die aus Richtung der Positionen der BFU kam und eine selbstgebaute Sprengereinrichtung auf das Gebiet der Ortschaft abwarf. Die örtlichen Einwohner teilten auch mit, dass sie innerhalb einer Stunde um diesen Zeitpunkt den Flug einer Drohne über der Ortschaft beobachtet haben.

Am Ort der Verletzung wurden Splitterelemente von einer selbstgebauten Sprengereinrichtung gefunden.

Wir erinnern daran, dass dies nicht der erste Fall des Beschusses der Siedlung Golmowskij in dieser Woche ist. Am 26. Oktober haben die BFU einen Schlag auf diese Ortschaft verübt, in der Folge wurden Schäden an fünf Wohnhäusern festgestellt.

Die operative Beobachtergruppe „Gorlowka“ war vor Ort und hat die Umstände ermittelt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in unseren offiziellen Ressourcen veröffentlicht werden.